

Verfälschte Umdeutung.

Wie der Ertrinkende nach dem berühmten Strohhalm, so greift der „Vorwärts“ nach den Ausführungen des Sozialisten in unserer gestrigen Abendausgabe, um daraus den Glauben zu schöpfen, als ob die Unabhängige Sozialdemokratie in ihrer Haltung zur Regierungsbildung eine grundsätzliche Wendung vorbereite. Das Blatt druckt die von uns wiedergegebenen acht Übergangsforderungen unseres Wahlprogramms ab und sagt dazu, daß diese durchaus dem Programm der Rechtssozialisten entsprächen. Stelle sich die Unabhängige Fraktion auf den Standpunkt der „Freiheit“, dann sei folgende Entwicklung der Dinge zu erwarten:

Die Unabhängigen werden ihre Bedingungen stellen, und die sozialdemokratische Fraktion wird sie annehmen. Beide sozialistische Parteien werden dann diese Bedingungen als gemeinsames Programm den bürgerlichen Mittelparteien unterbreiten. Nehmen diese ab, so ist es an ihnen, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu bilden. Die neue Regierung wird dann auch wissen, daß die Stellung der sozialistischen Opposition zu ihr davon abhängen wird, wie weit sie sich dem Programm der Opposition annähert oder von ihm missernt.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ deutet unsere Ausführungen dahin um, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nach unserer Erklärung nur das eine Ziel habe, den Sozialismus zu verwirklichen, daß unsere Partei aber bereit sei, in eine Koalitionsregierung einzutreten, wenn diese eine Reihe von Übergangsmassnahmen sofort erfüllen wolle. Das Blatt fügt hinzu, daß seit Unterdrückung des Kapp-Zustandes bereits mehrere Punkte als selbstverständlich erfüllt worden seien, auf unumgängliche sozialistische Experimente könne sich allerdings keine bürgerliche Partei einlassen.

Dazu ist das Folgende zu bemerken: In unserem Artikel war auch nicht ein Wort davon die Rede, daß die Unabhängige Sozialdemokratie sich an einer Koalition mit bürgerlichen Parteien beteiligen werde, wenn die von uns aus den Tagen des Kapp-Zustandes und aus dem Wahlprogramm wiederholten Übergangsmassnahmen erfüllt seien. Wir haben diese beiderseitigen Forderungen nur deshalb wiederholt, um an einem deutlichen Beispiel zu zeigen, daß weder irgendeine bürgerliche Partei, noch die Rechtssozialisten bisher gewillt waren, sie zu erfüllen, und daß man deshalb erst recht nicht erwarten dürfe, daß die Verwirklichung des Sozialismus von einer solchen Koalition erwartet werden könnte. In allem Ueberflusse bestätigt das „Berliner Tageblatt“ jetzt, daß selbst die Demokraten vielleicht in der einen oder der anderen Forderung etwas nachgeben würden, daß sie aber nicht im entferntesten daran denken, sich an der Durchführung von Massnahmen, die der Verwirklichung des Sozialismus dienen könnten, zu beteiligen. Vom Zentrum ist nach den Ausführungen seiner Parteiführer in den letzten Tagen noch viel weniger zu erwarten.

Um aber jeder neuen Mißdeutung und Umdeutung unserer Stellungnahme zu begegnen, sei ausdrücklich noch einmal festgestellt: Wir lehnen jede Koalition mit bürgerlichen Parteien grundsätzlich ab, wir haben nicht die mindeste Lust, uns an dem Rätselspiel um die Regierungsbildung zu beteiligen, wir verfolgen nur das eine Ziel, den Sozialismus zu verwirklichen. Welcher Mittel wir uns dazu bedienen wollen, darüber gibt das Leipziger Aktionsprogramm unserer Partei erschöpfenden und klaren Aufschluß. Die Beteiligung an einer Koalition mit bürgerlichen Parteien befindet sich nicht darunter.

Dem „Vorwärts“ insbesondere sei noch gesagt: Die von uns wiedergegebenen Übergangsforderungen hatten in den Kapptagen, hatten damals, als unsere Partei ihr Wahlprogramm aufstellte, ihre Bedeutung. Inzwischen sind diese Forderungen überholt. Die Instanzen unserer Partei, die demnächst die tatsächlichen Richtlinien für die Zukunft aufstellen haben, werden sich ohne Zweifel nicht mit solchen

Forderungen der Vergangenheit, die einer bestimmten Situation angepaßt waren, begnügen lassen, sondern, von der Grundlage des Aktionsprogramms ausgehend, unsere Forderungen zur Verwirklichung des Sozialismus formulieren.

Es ist auch ein Irrtum des „Vorwärts“, als ob in unseren Reihen irgendwie die Absicht bestünde, sich mit den Rechtssozialisten zu verbünden, ihre Bankrottspolitik gemeinsam mit ihnen fortzusetzen und so die Mitverantwortung für ihre bisherigen Taten zu übernehmen. Die Einklangnahme des Proletariats wird erfolgen nicht durch die Verbrüderung mit der rechtssozialistischen Partei, sondern durch die Sammlung des Proletariats unter dem Banner des revolutionären Sozialismus.

Der Regierungschacher.

Die „Neue Berliner“ teilt aus offenbar gut unterrichteten Kreisen folgende Darstellung des jetzigen Standes der Kabinettsfrage mit:

„Immer deutlicher bekräftigt sich aus dem Wirrwort der Meinungen die Linie heraus, auf der die Kabinettsbildung wahrscheinlich erfolgen wird. Trotz des großen Rärms von rechts und links wird höchstwahrscheinlich die alte Koalition sich vorerst wohl oder übel entschließen müssen, die Regierung wieder zu übernehmen. Die neuesten im „Vorwärts“ veröffentlichten Zahlen, nach denen 461 Abgeordnete gewählt sind, ergeben für die Koalition eine Gesamtmandatszahl von 223 Mandaten. Das ist ungefähr die Hälfte. Wenn man nun die Mandatszahlen der Parteien, die dem Zentrum nahe stehen, hinzurechnet, so ergibt das weitere 26 Stimmen. Es wird sich nun darum handeln, die Stützkräfte der Opposition, besonders von rechts, erheblich zu verringern. Es soll dies auf dem Wege geschehen, daß man die Deutsche Volkspartei veranlaßt, sich gegenüber einem Koalitionskabinettsantrag neutral zu verhalten. Der Preis für diese wohlwollende Haltung soll ein Ministerposten und der Posten des Präsidenten sein. Man nennt sogar schon Namen und spricht davon, daß Dr. Helge der Mann sein wird, den die Deutsche Volkspartei ins Ministerium entsenden wird, während man für den Posten des Reichspräsidenten den Professor Kohl oder den Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd Heineke nennt.“

Im Einklang mit diesen Mitteilungen steht die Meldung, daß zwischen den bisherigen Koalitionsparteien und der Stimmen-Partei lebhaftere Verhandlungen geführt werden, die die mehr oder weniger verhäßte Heranziehung dieser Partei zur Regierungskoalition zum Zweck haben. Auffällig ist es auch, daß die „Germania“ heute früh die Anregung des „Bayerischen Kuriers“, des Organs der Bayerischen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei als „stillen Teilhaber“ zur Regierung heranzuziehen, erstreut wiedergibt und erklärt, dies sei auch nach ihrer Meinung ein „wenigstens fürs erste gangbarer Weg“, der uns über die nächsten Monate hinwegbringen könnte. Wir teilen diesen Optimismus nicht. Wir glauben vielmehr, daß die verkappte Koalition der bisherigen Koalitionsparteien mit dem „Stall Stresemann“ von der großen Mehrheit des Volkes als ein betrügerisches Teilhabergeschäft bankrotter Politiker angesehen werden wird, denen es nur darum zu tun ist, eine neue Klasse aufzurichten, um ihre Herrschaftspositionen zu behalten.

Die bürgerliche Obstruktion in Braunschweig

Ein Bericht des „Berl. Tagbl.“ aus Braunschweig enthält weitere Einzelheiten über die heute früh gemeldete Obstruktion der bürgerlichen Parteien in der Braunschweiger Landesversammlung, in der bekanntlich die beiden sozialdemokratischen Parteien die Mehrheit haben. Danach verlangen die Führer der beiden sozialdemokratischen Parteien im Auftrage ihrer Parteien die Bildung einer rein sozialistischen Regierung, die durch je zwei Unabhängige und Sozialdemokraten repräsentiert werden

solle. Die Vertreter der beiden bürgerlichen Fraktionen, des Landeswahlverbandes und der Demokraten, verwarfen sich mit aller Entschiedenheit gegen eine rein sozialistische Regierung und kündigten der sozialistischen Landtagsmehrheit sofort scharfsten Kampf an, wenn sie den Willen der bürgerlichen Bevölkerung einfach vergewaltigen würde. Die Fraktion der Unabhängigen lehnte den Eintritt in die von den Bürgern beantragte Koalitionsregierung und überhaupt jedes Zusammenarbeiten mit einer Regierung, in der sich Bürgerliche befinden, scharf ab. Als schließlich über die neue Regierungsbildung abgestimmt werden sollte, traten die im Landeswahlverband vereinigten Abgeordneten sofort in Obstruktion. Sie führten dadurch die Beschlußfähigkeit des Landtags herbei und wollten die Obstruktion auch morgen und in den folgenden Tagen fortsetzen, um die Einsetzung einer rein sozialdemokratischen Regierung zu verhindern. Die Sprecher der bürgerlichen Parteien haben heute die Absicht ihrer Parteifreunde durchzuführen, es allenfalls auf die äußerste Kraftprobe, die Auflösung des Landtages, ankommen zu lassen.

Diese Vorgänge in der Braunschweiger Landesversammlung sind äußerst interessant und lehrreich. Sie zeigen, wie die bürgerlichen Parteien, die stets das Wort „Demokratie“ im Munde führen, mit der Demokratie Schindluder treiben, sobald sie ihnen nicht mehr in den Kram paßt. Haben sie in einem Parlament auch nur eine geringe Mehrheit, so scheuen sie nicht davor zurück unter Berufung auf den „Rechtswillen des Volkes“ die Diktatur der bestehenden Klassen aufzurichten. Versuchen aber die sozialistischen Parteien, gestützt auf diesen selbst Rechtswillen, eine Regierung zu bilden, die den Mehrheitsverhältnissen im Parlament entspricht, so greifen die bürgerlichen Parteien zur Obstruktion und kündigen der Mehrheit den scharfsten Kampf, d. h. die Sprengung der Landesversammlung an.

Die jetzigen Vorgänge in Braunschweig entlarven nicht nur die Heuchelei der bürgerlichen Parteien, sie sind auch ein guter Anschauungsunterricht für die gesamte Arbeiterklasse, die mit seiner Hilfe den eigentlichen Kern des gerühmten deutschen Parlamentarismus und der „vollendeten Demokratie“ zu erkennen vermag.

Zentrum und Regierungsbildung.

Aus Westdeutschland wird uns geschrieben:

Bereits vor der Wahl trat die Absicht des Zentrums deutlich hervor, der Opposition des rechten Parteiflügels gegen die Koalition mit Demokraten und Rechtssozialisten nach den Wahlen ein Ende zu machen, durch Aufnahme der Volkspartei in den Regierungsbund (also ohne Verzicht auf die Mitarbeit der Rechtssozialisten). Mit Recht kann die „Germania“ jetzt sagen, daß man ja gerade in Zentrumskreisen immer wieder der Meinung gewesen ist, eine Verbreiterung der Koalitionsbündnisse werde nach den Wahlen, wenn nicht unumgänglich notwendig, so ganz gewiß dringend wünschenswert sein.

Nach der Wahl versucht das Zentrum, seine Absicht zu verwirklichen. Von sich aus erklärt es („Germania“ vom 9. Juni): „Wir für unseren Teil würden uns der Deutschen Volkspartei zwar nicht anbieten, aber gegen ihre Eintritt in die Koalition grundsätzlich nichts einzuwenden haben, wenn sich die Volkspartei nicht dem Wahlbündnisse mit den deutschnationalen Parteien anschließen würde.“ Da das Zentrum immer die einflussreichste Partei der bisherigen Koalition war, wiegt diese Bereitschaftserklärung schwer. Doch hat es mit seinen Freunden rechts und links keinen leichten Stand.

Am wenigsten Schwierigkeiten macht ihm die Deutsche Volkspartei. Diese machte schon vor den Wahlen kein Hehl daraus, daß sie bereit sei, mit den Rechtssozialisten zusammen zu wirken. Ihre heutige Stellungnahme kennzeichnet die „Germania“ treffend mit dem Satz: „Von der Deutschen Volkspartei aus würde ein Bund von Stresemann bis Loebe grundsätzlich kaum etwas im Wege stehen.“ Tatsächlich zeigt die Volkspartei trotz des Wahlbündnisses mit den deutschnationalen Parteien keine Neigung, mit diesen sich zu verbinden. Eine reine Rechtsregierung aus deutschnationalen, Volkspartei und Zentrum bezeichnet z. B. das einflussreiche rheinische Blatt der Volkspartei, die

Ein Mensch.

Von L. G.

Einzig berechtigter Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

Wenn ich die Augen schliesse, sehe ich sein Gesicht. Seines Auges nächsterne und weisse Wärme freicht mich über die Stirne. Seiner harten, gepflanzten Hand Druck war Kraft und Liebe. Er war ein Mensch. Kannte niemals seinen Namen. Sprach leise und seufzte nie. Besprach alles mit sich selbst und bereitete sich auf den Weg vor. Er hatte für die Reichen gearbeitet, für die Reiche, die sie tragen, und für äppige Tische, an denen sie schmauseten, aber selbst hatte er nichts. Und was er hatte, das war ihm genommen worden: die Luft, die seine Lunge gierig verschlang, die traurigen Strohen, durch die er müde wanderte. Er war mein Herzensgenosse. Er lag auf dem Stroh, schob sich den abgenutzten Hut unter den Kopf. Kaute vertrocknetes Brot, das ihm hingeshoben wurde. Und lächelte immer, denn er konnte glauben. Ein Mensch. Seine Haut war vom Ruh, vom Schmutz der Fabriken durchbrannt. Ueber seine Hände hatte die Arbeit eine rauhe Haut gezogen. Doch sein Herz war rein.

Er sprach nicht auf, wenn die Schergen kamen. Kein Aufbegehren. Das Lächeln auf seinem Mund war wie der Märtyrer traurige Wunde. Er hatte nichts. Die Reichen hatten sein arbeitsreiches Leben aufgefressen. Was ihm geblieben war — sein heißes, großes Herz — gab er den Lebenden.

Auf dem Stroh schluchzten die Leute in der Verzweiflung Weine. Die Frauen sanken in ihres geschändeten Lebens Qualen-Pelt. Die Kinder, die von den Schulbänden hergezerrt worden waren, irren im Hof-Labyrinth umher. Die Sträflinge erdroffelten in der Stille ihr hoffnungsloses Leben. Und der Mann, dem weder Kinder, noch Eltern nachgelaufen kamen, der verwaltete, verlassenste — war unser aller Vater. Er lag auf dem Stroh und redete von dort, wie ein Prophet. Er war der reichste von uns allen, denn er konnte glauben. Und er ersah meine Hand, aus der der Fiebers Fieber Strom wogte. Die Körperliche Qual trieb mir Schweißtropfen auf die Stirn. Meine fränke Lunge röchelte wie ein erschöpfendes Tier. Blendend geriet der Husten an meinen Gedärmen. Und er ersah meine Hand, und mein Herz beruhigte sich.

In diesem Tag hatte ich Säcke tragen und bis zum Abend Holz hacken müssen. Krute und Bajonett bewachten meines Kranken Körpers röchelnde Qual. Und roß gröhle der jämmerliche Knecht, der Soldat. Richte mit fauler Gesundheit und Kraft über mein sich windendes Ringen.

Und der Mann ersah meine Hand, wie die eines gitternden Kindes. Er war stark, denn er besprach alles mit sich und bereitete sich für den Weg vor. Die aus Stroh gesunkenen vielen Menschen waren ebenso viel schwarze Hügel. Grabmal war ihr Schicksal. Die aus den Brüsten hervorbrechenden Geisler klammerten sich aneinander, wie eine bewehrte, verzerrte Kinderchar. Die Nacht gehört der Ruhe.

Mit wütendem Lärm wurde die Tür aufgestoßen. Von draußen drang der Nacht gefürchteter, stummer Geheimnis herein. Bajonette schimmerten auf, Wirtgeheul sausten nieder. Auf dem Hof standen mit Säcken beladene Lastwagen. Die Schmutz verspritzenden Worte rüttelten mich von meinem Gebett. Keine Ruhe schwanken. „Schon, schon!“ Doch hielt eine harte Hand meinen Arm. Die Hand des Mannes.

„Dieser Mensch kann nicht gehen. Sehen Sie es nicht!“ Ueberlegt, ruhig sprach er. Und hielt meine Hand, aus der der Fiebers heißer Strom wogte.

Betroffenheit, Schred knirschte aus dem Stroh auf. Und er stand dort, wie ein gerechter, mächtiger Gott. Er war stark, weil er glaubte. War mutig, weil er alles mit sich besprach.

„Wenn Sie für ihn arbeiten kommen, alles Vieh, laß ich ihn hier!“ Und der Idiotische Scherge, bei dem an Stelle des erlalteten Herzens ein eitriges Geschwür rank, gröhle.

Da ließ der Mann meinen Arm los. Er schritt zur Tür. Erschütternder Gewitterregen menschlicher Solidarität begoh die erschloffenen Leben. Ich sank aufs Stroh, und aus meinen vertrockneten Augen strömten die Tränen. Und ich jagte und glaubte.

Wenn ich die Augen schliesse, sehe ich sein Gesicht. Seinen Namen hatte er mir nie genannt. Doch hat sich mir sein warmer und nickerer Blick in die Stirne eingebrannt.

Wo weilt er jetzt? Lebt er noch? Er war ein Mensch. Ein Eingeleiteter. Ein Mensch, der glaubte und alles mit sich besprach.

Ein Mensch.

Kunstpflege in Sowjetrußland.

Von Vaillant-Couturier.

Einer der bekanntesten und geschäftigsten Sammler des alten Rußland, M. Korosow, hat einem Mitarbeiter des vom Hause Bernheim herausgegebenen „Bulletin de la Vie artistique“

Das „Lagebuch“ bringt diesen Kussch eines Kampfgesossen von Vorwärts aus der Pariser „Clarité“, den wir gekürzt wiedergeben.

ein Interview gewährt und ihm sehr bemerkenswerte Mitteilungen über die Kunstpflege in Sowjetrußland gemacht. Die Unterredung fand gerade in den Tagen statt, als die Presse sich in den schlimmsten Anschuldigungen gegen die bolschewistische Partei erging.

Korosow sagte: „Meine Sammlung ist unversehrt. Von meinen 400 russischen und meinen 240 französischen Kunstwerken fehlte nicht eines. Meine Sammlung befindet sich in denselben Räumen, wo ich sie aufgestellt hatte, aber sie ist nationalisiert, wie meine Hüttenwerke, und bildet das zweite Museum weißrussischer Kunst.“

„Das zweite? Und was ist das erste?“

„Das wird durch die französische Sammlung unserer gemeinsamen Freunde Sergius Sischkin gebildet, und seine Tochter Katharina ist mit dessen Obhut betraut.“

„Und führen Sie die Aufsicht über das zweite Museum?“

„Die Regierung hat ihm den Bildhauer Boris Ternobch einen Schütz von Bourdelle, zum Konservator gegeben und mich zum Assistenten des Konservators ernannt. Das Museum ist dem Publikum freigegeben.“

„Während der Diktatur des Proletariats waren die russischen Künstler wohl verhindert, sich künstlerisch zu betätigen?“

„Keineswegs. Die Künstler wurden von der Regierung als Arbeiter betrachtet, die notwendige und nützliche Arbeit produzieren. Infolgedessen konnten sie sich leicht ihren Lebensunterhalt beschaffen. Es bildete sich eine Vereinigung, die die äußerste künstlerische Linke umfaßt. In diesem Vereine gedrehte auch Tschelom und die Malerin Dimichia Tolstol. Diese Gruppe ist der Société des Artistes Indépendants (Vereinigung unabhängiger Künstler) vergleichbar. Es gibt keine Zulassungskommissionen, keine Preise. Dieser Künstlerbund verfügt über die Unterstützungsgelder der Regierung, die Ausstellungen und Käufe gestattet. Im Winter 1918/19 hat dieser Künstlerbund nicht weniger als 10 Ausstellungen veranstaltet. Jede dieser Ausstellungen vereinigte Künstler der verschiedensten Richtungen.“

Die Gattin von Tschelom leitet ein Komitee, dessen Betätigungsfeld sich am besten durch ein Beispiel Normachen läßt. Recht als einmal mußte man befürchten, daß Volkswirtschaft oder Truppenbewegungen die Sicherheit von Kunstwerken gefährden könnten. Das Komitee der Frau Tschelom hatte die Aufgabe, die Kunstwerke zu sichern, sie wissenschaftlich zu ordnen und sie auszustellen. Ungeahnte Wunderwerke kamen zutage.“

„Ist diese Tätigkeit dem Bürger oder dem Staat zu danken?“

„Wenn Sie wollen, persönliche Initiative, vor allem aber Kunstcharakter und festen Genossen.“

„Münchener Zeitung“ (am 8. Juni), als „für die weitere Entwicklung verhängnisvoll“.

Im Anschluß an diese Feststellung beginnt dann die „Münchener Zeitung“ ein regelrechtes Liebeswerben um die Gunst der Rechtssozialisten. Die Erklärungen Hermann Müllers werden schlaue abgegründet durch die Frage: „Ist kein Wort für die Sozialdemokratie ein Evangelium, an dem sie nicht zu rütteln und zu deuteln wagt?“ Es wird dann die Ablehnung der Verpflichtung durch die Volkspartei „als ein Jugendsündchen an die Empfindlichkeit von Wählern, die mehr mit dem Herzen als mit dem Verstand Politik machen, bedauert“ und hinzugefügt, daß die Frage an die Zeitung der Partei, ob sie gewillt sei, auf Grund und im Rahmen der Weimarer Verfassung an der Koalition teilzunehmen, „bejaht werden würde“. Schließlich wird noch bemerkt:

„Es ist ja durchaus verständlich, wenn die Sozialdemokraten sich nur mit Widerwillen etwa mit Stresemann, Nordhoff oder Stinnes an einen Regierungstisch setzen könnten; aber sie dürfen versichert sein, daß auch diese Herren mindestens den gleichen Widerwillen gegen eine sozialistische Tischgenossenschaft in sich niedergulampfen haben würden.“

Wichtig wird die Volkspartei nach der „Münchener Zeitung“ eine „Vollgenossenschaft“ aller Arbeitwilligen schaffen, „in der der handarbeitende Arbeiter ein hervorragender Anteil gebührt“. Im übrigen verspricht das Blatt noch, seine Partei werde „sicherlich nicht hartnäckig auf ihrem Schein bestehen“.

Auf solche Anbiederungen der Volkspartei, erwidert der „Vorwärts“ vorläufig noch höchst unvorsichtig, daß die Zeit für Euphorie zu erntet ist. Der Wahltag hat so abschreckende Verhältnisse im rechtssozialistischen Vorgehen an den Wählern, daß diplomatische Schlüsse mehr als je zuvor notwendig erscheinen. Zweifellos sind zahlreiche der sozialdemokratischen Kräfte im Lager der Sozialisten bereits entschlossen, das Bündnis mit der Volkspartei zu schließen. Aber man wird es nicht eher nach außen hin manifestieren, ehe man nicht „beweisen“ kann, daß die bösen Unabwägungen keinen anderen Weg offen gelassen haben. Der „Vorwärts“ fordert deshalb, daß die Unabhängigen „ihren Teil der Verantwortung“ mittragen, d. h. mit in die Koalition eintreten.

Die Blockgenossen aber tun den Rechtssozialisten nicht den Befallen, ihnen bei diesem Gaukelspiel zu helfen. Sie lassen von vornherein keinen Zweifel daran, daß die Frage der Teilnahme der Unabhängigen an der Koalition nicht von diesen, sondern von Demokratie und Zentrum entschieden wird.

In scharfer Weise wendet sich das Hauptorgan des Zentrums im Rheinlande, die „Münchener Volkszeitung“ (am 8. Juni), gegen den „Vorwärts“:

„... zu einer solchen Erweiterung gehört doch wohl auch die Teilnahme des Zentrums oder der Deutschdemokraten. In keiner von beiden Parteien dürfte aber die Neigung bestehen, in eine Koalition mit den Unabhängigen einzutreten.“

So sind denn die Rechtssozialisten in der Frage der Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung von ihren Blockfreunden bereits abschlägig befürwortet, noch ehe sie in aller Form mit einem entsprechenden Vorschlag hervorgetreten sind. Mögen sie nun tun, was sie nicht lassen können, sie gehen entweder ihrem Ende als Regierungspartei oder — was wahrscheinlicher ist — als Arbeiterpartei entgegen.

Eine studentische Cospigeltzentrale.

Studenten im Solde der Schwerindustrie.

Die gestrige Sitzung der Berliner Studentenvertretung brachte interessante Nachrichten zur Geschichte der Berliner Cospigelt- und Cospigeltzentrale. Wie der Vertreter der Sozialistischen Studenten ausführt, bestand in Berlin, Französische Straße 59, die Arbeitsstelle Berliner Studenten. Dieser Name war nur ein Fingerhut. In Wirklichkeit handelte es sich um ein von der Schwerindustrie unterstütztes Cospigeltunternehmen, das mit ungeheuren Geldern bedacht wurde, so daß die Herren Studenten sogar zu Dekorationen verleitet wurden. Es wurde sogar eine Zeitung „Die Warnung“ herausgegeben, an deren Mitarbeiter u. a. Minister Schiffer, Hirsch und General Madensen gehörten.

Der Minister Lunow-Schardyl?

„Ja, der Volksbeauftragte für öffentlichen Unterricht und die schönen Künste. In keinem anderen Museum, weder in Berlin noch anderswo, ist etwas Kunstfeindliches vorgekommen. Die Hauptwerke an der Eremitage sind in der jetzt schon entfernten Zeit, als man mit dem Falle Petersburg rechnen mußte, nach Moskau gebracht worden. Im Kreml warten sie jetzt auf ihre Rückführung. Der Louvre hat 1914 und 1918 ähnliche Vorkehrungsmaßnahmen ergriffen.“

R. J. Morosow war vor der kommunistischen Revolution einer der bedeutendsten Großindustriellen Rußlands. Seine Fabrik beschäftigte 15 000 Arbeiter. Aus seinen Worten geht hervor, daß zum ersten Male in der Geschichte eine Regierung die Künstler anders behandelt, denn als Ueberflüssige.

Die Oper der Vierhundert.

Berlin soll das größte Opernhaus des europäischen Festlandes erhalten. Seit vielen Monaten befaßt sich eine Berliner gemeinnützige Gesellschaft mit dem Plan, eine große Volksoper zu errichten. Richtig, wie die Volksbühne von drei Schichten Bühnenbrütern vermittelt, soll die große Volksoper allen Kreisen Groß-Berlins musikalische Schöpfungen näher bringen. — Während bis heute zur Erfüllung dieses Zweckes durch Konzerte und sonstige künstlerische Veranstaltungen gewirkt wurde, sollen jetzt durch großzügige Propaganda der großen Volksoper, Freunde und Anhänger im breiten Publikum werden. In ganz Groß-Berlin werden ungefähr 600 Werkstätten errichtet. In den Werkstätten liegen Prospekte auf, in denen Interessenten zur Zeichnung von Aktien aufgefordert werden. Die Aktienzeichner erhalten schon jetzt wesentliche Vergünstigungen bei den verschiedenen Veranstaltungen.

Große Volksoper. Am Montag, den 21. d. Monats, abends 8 Uhr, veranstaltet die Große Volksoper Berlin, ein Konzert mit dem Philharmonischen Orchester unter Leitung von Richard Engel im großen Saal der „Neuen Welt“ zu vollständigen Preisen. Willkürs sind in der „Neuen Welt“, Hofenheide, erhältlich. In der Volksbühne wird auch in diesem Jahre eine Sommeroper unter künstlerischer Leitung von Moritz Schaffner stattfinden. Das Neue Volksbühnen-Theater hat die Erstaufführung des „Eskanles von Jampelosen und Matern. Die drei Mädel“ mit Josefina Dora und Georg Basell auf dem Programm. Bis dahin „Penion Schöller“. — Das „Lied“-Theater bleibt heute wegen Vorbereitung zur morgigen Premiere „Das Glas der Jungfrau“ geschlossen.

Die Praxis dieser korbieren Gesellschaft bestand darin, durch revolutionäre verkleidete Studenten, die in Versammlungen in sozialistischem Sinne redeten, nach „Reute“ zu spionieren. Dattien sich dann Genossen gefunden, die den Cospigelt nicht teilen, so fuhr das Verhaftungskommando der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade vor, mit der in englischer Färbung gearbeitet wurde und verkleidete die Opfer in die Gefängnisse.

Als Teilnehmer dieser Zentrale wurden von unseren Genossen u. a. die Herren Conzé, sowie Mitglieder der Deutschnationalen Studentengruppe und Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“, benannt. Diese Tatsachen wurden von den anwesenden genannten Herren nicht bestritten. Demnach dürfte festgestellt sein, daß sich nicht nur Deutsche Studenten finden, die, wie in Bad Thal, sich als Rassenklächter wehrloser Gefangener betätigen, sondern daß sie auch das Mittel der Cospigelt nicht verschmähen.

Heute abend 7 Uhr:

Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Nationalhof, Bülowstraße 37, Schulaula, Wittenwalder Straße 34.

Das neue Groß-Berlin.

Referenten: Oberlehrer Goh, Dr. Weyl.

Wehrpflicht über Soldnerheer.

Die nationalistischen Parteien und die konterrevolutionäre Generalität hoffen den Vertrag von Versailles weniger wegen der harten wirtschaftlichen Bedingungen, die er Deutschland auferlegt, sondern ihr Hauptwiderwille dagegen resultiert aus der Tatsache, daß Deutschlands Wehrmacht wesentlich eingeschränkt worden ist, daß es die allgemeine Wehrpflicht abschaffen mußte und zur Haltung eines Soldnerheeres verpflichtet wird. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist die Voraussetzung der Entmilitarisierung Europas, ist die Vorbedingung für die Schaffung eines Zustandes, in dem die Völker friedlich nebeneinander leben. Wir können deshalb mit dem Friedensvertrag, soweit seine militärische Seite in Betracht kommt, durchaus einverstanden sein. Das Verlangen nach allgemeiner Wehrpflicht ist heute eine reaktionäre Forderung, die auf das entschiedenste bekämpft werden muß. Nichtsdestoweniger bekennen sich zu ihr noch die Rechtssozialisten, und auch die Demokraten fordern in ihrem Programm die Erziehung des Soldnerheeres durch ein Militärsystem mit allgemeiner Wehrpflicht, das allein geeignet sei zur Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit. In diesem Programmpunkt spielen die Demokraten, die angeblich den Weltfrieden erstreben, ganz offen mit dem Gedanken eines Revanchekrieges. Die Deutsche Friedensgesellschaft hat deshalb durch eine Entschließung vom 31. Mai dagegen Stellung genommen und ihre Verwunderung über die zweideutige Haltung der Demokraten in der Friedensfrage ausgedrückt. Zugleich wird über die Frage der Wehrpflicht grundsätzlich folgendes gesagt:

Die tatsächliche Abschaffung der Wehrpflicht gebärt zu den wichtigsten weltlichen und großen Errungenschaften des November-Umschwungs. Ihr Verbot für Deutschland durch den Vertrag von Versailles, gleichviel aus welchem Motiv es erfolgte, ist der einzige Lichtpunkt in diesem düsteren Dokument. Die Wehrpflicht, ob sie nun im Rahmen eines kaiserlichen Heeres oder einer demokratischen „Miliz“ genügt wird, bleibt, als der Zwang zu töten und sich töten zu lassen, die fürchterlichste Form der Unterdrückung des einzelnen durch den Staat, bleibt der barbarischste, der furchtbarste Fall von Sklaverei. Neben dem individuellen Morde, welcher von den Strafgesetzbüchern und der öffentlichen Anschauung sämtlicher Völker als das schwerste Verbrechen gewertet wird, gibt es in der menschlichen Gesellschaft nichts so Unmenschliches wie den Wehrzwang. Er ist die Verneinung des Ur-Rechts auf Leben, er ist die planvolle Vorbereitung des Massenmordes an Unschuldigen, er ist die Verabscheuungswürdigste aller irdischen Einrichtungen.

Man kann nicht passiv und Desultorisch der allgemeinen Wehrpflicht sein. Man hat als deutscher Patriot dafür zu kämpfen, daß die deutsche Politik eine internationale Atmosphäre schafft, in der es den Politikern der Emence gelingt, durchzuführen, daß die Wehrpflicht auch in ihren Ländern beseitigt wird; man hat aber nicht dafür zu kämpfen, daß Deutschland sie unterdes bei sich wieder einführt. Wer eine auf Wiedereinführung der Wehrpflicht gerichtete Politik treibt oder unterstützt, ist Antipatriot und Reaktionsär. Darum erwartet die Ortsgruppe Berlin von denjenigen Mitgliedern der Friedensgesellschaft, die noch glauben, der Demokratischen Partei anzugehören zu sollen, daß sie in ihre Bewegung und energisch Front bilden.

Die Rechtssozialisten haben nach dem Kapp-Zug, der die völlige Unzuverlässigkeit der Reichswehr nachwies, behauptet, das Soldnerheer sei die Quelle des reaktionären Übels in Deutschland. Das ist eine höchst oberflächliche Beurteilung des Tatsächlichen. Denn ob Soldnerheer oder Militärsystem: eine Wehrmacht, die von reaktionären Offizieren geführt wird, bleibt immer ein reaktionäres Volkwerk. Denn nicht die Mannschaften, sondern die Führer geben bei Operationen den Ausschlag. Wir sind deshalb nicht nur jenen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, sondern wir fordern auch die Beseitigung des Soldnerheeres. Eine Ordnungspolizei, die der zivilen Gewalt untersteht, ist das einzige, was die Republik braucht. Alles andere ist entweder kospigeltige Spielerei oder dient der Vorbereitung und Durchführung politischer Verbrechen.

Zürcherliche Pläne der „Roten Armee“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe den „Organisationsplan der Roten Armee“. Wieviel beachtlicher Pläne bisher im ganzen vorgehen, läßt sich nicht genau feststellen, da die „Tageszeitung“ im letzten Halbjahr alle mindestens zwei Dutzend veröffentlicht hat, ohne die vielen vom „Sozialist“, von der „Post“, der „Kundschau“ und der „Deutschen Zeitung“ wiedergegebenen Geheim-, Haupt- und Nebenpläne. In dem von der „Tageszeitung“ jetzt veröffentlichten Plan ist besonders interessant, daß die revolutionäre Arbeiterschaft sogar die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen wird, sobald die große Aktion in Gang kommt. Wir

können dem agrarischen Organ noch berichten, daß die Eisenberufungsbeschlüsse schon ausgefertigt sind (im ganzen 15 Millionen Stück, da die „Rote“ Armee der letzten Mann erschaffen wird, was bekanntlich selbst Rudendorff nicht gelang). Der Sieg ist also tobischer, um so mehr, als ganze Batterien Schroeter Geschütze, Minenwerfer und vor allem eine riesige Menge Landheermeister hergestellt und in den Koffern der zuverlässigsten Genossen verpackt worden sind. Der Hauptschlag wird während der Hundstage geführt werden, da die Kampfeleitung der „Roten Armee“ auf die allgemeine Erschöpfung spekuliert. Sollte aber wider Erwarten ein kalter Sommer kommen, dann wird dieser Erschöpfungszustand zur Genüge hervorgerufen werden durch die Diktatur der nationalistischen Presse. Wir wünschen daher den Redaktionskollegen der reaktionären Presse weiterhin eine gute Erfindungsgabe. Je mehr berattene „Geheim“-Pläne an die Öffentlichkeit gelangen, je mehr Gläubige sie finden, desto sicherer wird der Sieg der „Roten Armee“ sein.

Ein Elms-Prozess. Der Redakteur der „Roten Fahne“, Bruno Schäfer, war am Donnerstag angeklagt, den Kaufmann Heinrich Elms durch eine Veröffentlichung beleidigt zu haben, in der es hieß, daß Elms dem alten Sonnenfeld nahegelegt habe, seinen Sohn als unzurechnungsfähig zu bezeichnen. Er sollte von Elms einen falschen Pass und 20 000 Mark Elms erhalten, wovon der junge Sonnenfeld nach Argentinien auswandere, damit sein unheimliches Zeugnis im Falle der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs aus der Welt geschafft werde. Der Kläger bestritt vor Gericht jede Schuld. Es kam ein Vergleich zustande, in dem der Beklagte erklärte, daß in der betreffenden Nummer nicht behauptet worden sollte, Elms habe irgendwelche die Unterstützung der Liebknecht und Luxemburg verübten Mordeat verheimlichen wollen.

Die Zahl der weiblichen Abgeordneten im neuen Reichstag ist gegenüber der Nationalversammlung beträchtlich zurückgegangen. Während die Nationalversammlung 35 Frauen zählte, wird der neue Reichstag nur 23 weibliche Abgeordnete zählen und zwar 4 Unabhängige, 3 Deutschnationalen, 2 Volksparteiler, 1 Zentrumsmittler, 8 Demokratinnen, 8 Rechtssozialistinnen und eine Kommunistin.

Die Wahlen in Rumänien. Wie die „Times“ aus Bukarest meldet, erhielt General Averescu bei den allgemeinen Wahlen in Rumänien eine große Mehrheit. 215 Abgeordnete gehören zu der Volkspartei unter General Averescu, während die Opposition 127 Mitglieder zählt.

Abzug der englischen Besatzung aus Nordschleswig. Die englischen Besatzungstruppen in Nordschleswig, die etwa 1100 Mann stark sind, treffen am 18. Juni in Kopenhagen ein.

Gewerkschaftliches.

Angestelltenlohn in der Metallindustrie.

Ueber das einzuführende Schiedsgericht ist jetzt zwischen den Parteien eine Verständigung dahingehend endgültig erfolgt, daß von jeder Seite fünf Beisitzer beizutreten unter Anwesenheit von drei Unparteiischen. Für diese letzteren Komitè kommen in Frage der frühere Staatssekretär von Koellenborf, der frühere Finanzminister Südekum und der Professor Dr. Lenig. Diese drei Herren haben sich mit der Übernahme des Amtes der Unparteiischen schon einverstanden erklärt. Es kommt jetzt nur noch darauf an, den Tag zu bestimmen, an dem sämtliche Schiedsgerichtsteilnehmer, einschließlich der Vertreter der Parteien, zusammen kommen können. Voraussichtlich dürfte dies Montag oder Dienstag der nächsten Woche der Fall sein.

Mittwoch, den 18. Juni findet im Anschluß an eine Betriebsraterversammlung der Metallindustrie in Cöpenhagen Beschlüsse einer An-Konvention der Metallindustrie für die gleiche Branche statt, in der über den Tarif und den Schiedsgerichtsschiedsgericht werden wird. Wir haben hervor, daß alle anderen in den Betrieben existierenden Mittelungen Gerichte sind, die sich auf keine Lohn setzen.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortsrat Groß-Berlin.

Groß-Berlin.

Stadionfeste als mekende Röhre für Verleger!

Der Reichsausschuß für Leibesübungen hat mit dem Stadionsrat jeder große finanzielle Sorgen ertragen müssen. Geschäftstätigkeit wie die Deutschen nun einmal sind, haben sie ihr Augenmerk darauf gerichtet, aus allem möglichen Geld zu machen. Den Vertretern im Reichsausschuß ist es sehr recht, wenn jede Schuldenfrau ihre Postsumme recht pünktlich ablädet und dadurch den bürgerlichen Sportverbänden eine ausgiebige Hilfe zur Aufrechterhaltung ihres noblen Sportlebens bietet. Abgesehen von der unmoralischen Veräußerung von Geschäft und der Pflege der „allgemeinen“ Volksgesundheit, die durch den Geschäftsgang der „demokratischen“ Gesellschaftsordnung ja erst so heruntergekommen ist, ist die Ausübung dieser Geschäfte derartig, daß die Arbeitersportverbände dagegen stricke Front machen müssen, wenn sie ihre Ansehen in der Arbeiterschaft behalten wollen.

Diese grundsätzliche Auffassung wird darum zu dem am 27. Juni vom 1. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zu veranstaltenden Turn- und Sportfest anlässlich zum Ausdruck gebracht werden müssen. In diesem Falle handelt es sich um die Denksachen, die dabei betrieben werden sollen. Der Reichsausschuß hat hierzu einen Vertrag mit dem Stadionsrat Langen u. Co. abgeschlossen, wonach alle Denksachen, die bei den Stadionveranstaltungen betrieben werden, bei dieser Firma angefertigt werden müssen! Damit nun aber der Geschäftsgang gefördert wird, hat dieser Vertrag den eigentlichen Vertrieb wieder an einen armen Teufel verpackt, und so sich unter allen Umständen einen bestimmten Profit gesichert. Die Arbeiterturner sollen nun in diesem Jahre ihr Programm beim Verlag Langen anfertigen lassen, wogegen sie sich schon aus dem Grunde anlehnen, weil sie strikte Gegner der Annoncenplattage sind, die der Verlag als gute Einnahme von den Programmunterlagen vertriebsgemäß in Anspruch nimmt. Der Versuch der vorjährigen Arbeiterfeste im Stadion scheint für diese Herrschaften ein so großes Geschäft in Aussicht zu stellen, daß sie in diesem Jahre auf den Reibhieb ihres Vertrages unter keinen Umständen verzichten wollen. Der Verlag geniert sich durchaus nicht, mit einer Negativklage zu drohen, wenn ohne seine Mitwirkung ein Programm im Stadion am 27. Juni und den anderen von den Arbeiterpartnern belegten Tagen betrieben wird.

Wegen dieser Geschäftsmann, der ja bei den bürgerlichen Veranstaltungen wie z. B. Pferdetennen den Besuchern durch entsprechende Preise Nargemacht wird, wenden sich die Arbeiterturner. Es ist nicht zu beanstanden, solche Veranstaltungen auf das Niveau bürgerlicher Feiernveranstaltungen herabdrücken zu lassen. Obwohl nicht die Absicht bestand, ein besonderes Programm bei der Veranstaltung zu betreiben, werden nun die Veranstalter dafür Sorge tragen, daß außerhalb des Stadions ein Programm erhältlich ist, was die Arbeiterschaft, die zu der Veranstaltung acht, beherzigen möge. Auf diese Weise haben die geschäftsmännlichen Stadionhüter es fertig gebracht, aus dem Turn- und Sportfest der Arbeiterturner gleichzeitig eine Profitoperation

